

# Trianel-Gegner misstrauen der Behörde

*WR 15.02.11.*  
Lünen. Die Erörterung einer neuen Immissionsprognose mit niedrigeren Schadstoffmengen für das künftige Trianel-Kohlekraftwerk in Lünen und einer erweiterten Studie über die Beeinträchtigung von Lebensräumen gipfelte gestern in einem Befangenheitsantrag gegen die gesamte Bezirksregierung Arnsberg. Wer den Bericht über die Giftgeschäfte zwischen Kasachstan und Envio gesehen habe, die unter der Aufsicht der Bezirksregierung gelaufen seien, könne ihr nicht mehr trauen, meinten die Kraftwerksgegner. Der Antrag wurde abgelehnt – es gebe keine institutionelle Befangenheit einer Behörde.

Der BUND, der gegen das Kraftwerk klagt, kritisiert die nachgeschobene Prognose. Trianel verweist auf die erheblicher geringere Staub- und Säureaustragung durch eine technische Umstellung im Kühlturm gegenüber dem Vorbescheid. Es folgten heftige Debatten über die Vorbelastungen am Standort. kes